



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

Mitte 2003 bis Mitte 2004

Regionalbüro Sarajevo (Südosteuropa)

Index

1. Stand der demokratischen Entwicklung – Zusammenfassung

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres und Rückblick auf die politische Situation aus der Perspektive der Heinrich-Böll-Stiftung

- 2.1 Kroatien
- 2.2 Bosnien und Herzegovina
- 2.3 Serbien und Montenegro
- 2.4 Kosovo

3. Ausblick

Chronologie

1. Stand der demokratischen Entwicklung – Zusammenfassung

Das politische Spektrum in den Ländern der Region erstreckt sich vor allem vom Zentrum (verschiedene Variationen) nach rechts. Das lässt den parteipolitischen Raum für die Menschenrechts-, Geschlechtergleichstellungs- und Minderheitenvertretung, die Rücksicht auf Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, usw. unbesetzt. Die Wahlen in den letzten Jahren zeigen, dass sich zwei Blöcke an der Macht abwechseln, die das „linke“ und das „rechte“ Zentrum genannt werden und in denen entweder (sozial)demokratische oder nationalistische Parteien dominieren. Die politischen Unterschiede zwischen diesen zwei Blöcken verwischen sich¹. Keine Seite stellt den fundamentalen nationalistischen Konsens in Frage, und keine zeigt wahres Interesse für Umweltschutz, Menschenrechte oder Förderung der partizipativen Demokratie.

Der Charakter des Staates wie auch der Regierung in den drei postjugoslawischen Ländern Bosnien- Herzegowina, Kroatien und Serbien-Montenegro lässt sich kaum in „normale“ Kategorien eines modernen politischen Gemeinwesens fassen. Persönliche und Gruppenmacht, außerinstitutionelle Einflüsse, populistische Bewegungen gestalten die politische Ordnung stärker als das normative verfassungsrechtliche System und formale demokratische Prozeduren.

Im sozialistischen Jugoslawien wurden antibürgerliche politische Traditionen kultiviert und zugleich die Bedeutung kollektiver, ethnonationaler Zuordnungen in der Politik gestärkt. Diese Tendenz der Dominanz ethnischer Zugehörigkeiten gegenüber staatsbürgerlichen war einer der maßgeblichen Gründe, die schließlich zu den bekannten kriegerischen Konflikten in den 90er Jahren führten, und auch die Nachkriegsentwicklungen noch immer entscheidend mitbestimmen.

Heute sind in der Region die BürgerInnenrechte (Meinungsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, politische Partizipationsrechte) durch Verfassungen und entsprechende Gesetze formal gewährleistet. Das tatsächliche Herrschaftssystem gründet sich jedoch nicht auf eine liberale Demokratie und Gesetzesherrschaft. Die Machtkonzentration, die zur Zeit der ersten nationalistischen Führer den Charakter charismatischer Herrschaft hatte, ist auch heute im engeren Kreis aus den Parteispitzen der einflussreichsten politischen Parteien und einigen Interessengruppen erhalten geblieben und hat den Vorrang vor Verfassung und Gesetzen. Im normativ-rechtlichen Bereich sind die wichtigsten Schwachstellen die unzureichende Kontrolle der Geheimdienste, unzureichende Regelungen zu Wahlen und Parteiensystem, was ergänzt wird durch eine oftmals korrumpierte, unprofessionelle und ineffiziente Justiz.

Zwei zentrale Umstände ermöglichen die anti-demokratische Machtkonzentration: eine schwache Gesellschaft ohne autonome Strukturen (vor allem Marktwirtschaft), in der alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aktivitäten in großem Maße von der politischen Sphäre abhängen; die noch immer sehr starke nationalistische Legitimierung von Herrschaft, die den Staat als Wert an sich über seine rationalen Funktionen stellt. Es herrscht eine kollektive Rechtsauffassung, als „das, was gut für unser Volk ist“, während Minderheitenrechte schwer zu verwirklichen sind. Eine niedrige Sensibilität der Gesellschaft gegenüber Rechtsverletzungen in Form von ethnischer Diskriminierung und doppelten Rechtsstandards ist die Folge. Zugleich reproduziert sich das bestehende System fortwährend; die rechtliche Unsicherheit entmutigt Investitionen und verlangsamt den wirtschaftlichen Aufschwung, die Ökonomie verbleibt so in ihrer politischen Abhängigkeit, und die existentielle Unsicherheit bildet die Grundlage für neuen Nationalismus und Xenophobie.

Die jüngste Vergangenheit, jene 1990 mit den ersten Mehrparteienwahlen angebrochene Periode, ist in den postjugoslawischen Ländern von ethnisch gekennzeichneten politischen Konflikten bestimmt gewesen, die ihre Zuspitzung in brutalen Kriegen mit massiver, vor allem gegen Zivilisten ausgeübter Gewalt erfahren haben. Die Tatsache, dass sich durch die ersten pluralistischen (wenngleich noch nicht demokratischen)

Wahlen ethnisch definierte politische Auseinandersetzungen in den Vordergrund gedrängt haben, ist auf die langwierige Vorbereitung innerhalb des sozialistischen Jugoslawiens zurückzuführen, und nicht auf irgendeinen jahrhundertealten atavistischen Hass. Ethnische Differenz stellte faktisch die einzig offiziell anerkannte Form des politischen Pluralismus dar, weshalb die 80er Jahre gerade durch Auseinandersetzungen der politischen Führungen der damaligen Republiken gekennzeichnet waren, die große (teilweise sehr erfolgreiche) Anstrengungen unternahmen, sich als authentische Vertreter „ihrer“ Nationen darzustellen.

Alle größeren ethnischen Gemeinschaften – die serbische, kroatische, bosniakische, kosovo-albanische – haben sich in ihrer kollektiven Erfahrung als Opfer von Bedrohung oder Aggression wahrgenommen, bzw. tun dies auch weiter. Der Nationalismus in seiner paranoiden Form hat seine Bestätigung gerade durch die Kriege erfahren. Durch die Erfahrung physischer Gewalt sind die imaginierten ethnischen Gemeinschaften wie die propagierten kollektiven Feinde zu furchtbarer Realität erwacht.

Die neu gegründeten ethnonationalen Staaten legitimierten sich vor allem als Systeme zum Schutz und Erhalt von ethnisch definierten Nationen, und erst in zweiter Linie bzw. kaum mehr denn „deklarativ“ als bürgerliche Rechtsstaaten. Vor dem Hintergrund sozialistischer politischer Tradition und Krieg hat das zu selbst im Sinne der nationalistischen Staatsprojekte negativen Auswirkungen geführt: zur Schwächung staatlicher Institutionen und dem Aufweichen des staatlichen Gewaltmonopols, der Kriminalisierung von Staat und Ökonomie, einem tiefgreifenden wirtschaftlichen Niedergang etc.

Hieraus ergeben sich die spezifischen Bedingungen, die den Aufgaben einer kritischen Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit in der Region Südosteuropa (SOE) zugrunde liegen. Im Unterschied zu den anderen Erfahrungen, etwa von Nachkriegsdeutschland oder Südafrika nach dem Ende der Apartheid hat man es hier nicht mit der klaren Niederlage jener politischen Formationen und Kräfte zu tun, die für die Verbrechen verantwortlich waren. Weder wurden die Verbrechen umfassend aufgedeckt, noch durchlebten die ethnischen Nationalstaatsprojekte ihr klares Scheitern. Die Autoviktimisierung dominiert das kollektive Bewusstsein gegenüber dem Verantwortungsgefühl für die im Namen der eigenen Gemeinschaft begangenen Kriegsverbrechen. Die Untersuchung und öffentliche Thematisierung von Verbrechen wird als neue Ungerechtigkeit bzw. internationale Verschwörung wahrgenommen. Für die Mehrheit der Angehörigen der ethnischen Kollektive in der Region stellt sich die Vergangenheit nicht als problematisch dar. Somit sind auch heute noch im Großteil der Gesellschaften Südosteuropas die Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit kaum gegeben.

Zugleich übt diese verleugnete Vergangenheit weiter entscheidend negativen Einfluss auf die gesellschaftspolitische Realität aus. Die politischen Kriegsparteien wurden nach dem Zusammenbruch ihrer Regime in SOE um die Jahrtausendwende von oppositionellen Kräften abgelöst, welche den Weg des kleinsten Widerstands beschritten und versuchten, die Thematisierung der nationalistischen Politik zu umgehen und zugleich die gesellschaftlichen Folgen dieser Politik zu sanieren. In diesem unmöglichen Spagat zwischen Übernahme des nationalistischen Erbes und Reformversuch der maroden Staats- und Wirtschaftsstrukturen scheiterten die neuen Regierungsparteien nach wenigen Jahren, in Serbien mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Djindjic dramatisch. So wurde das Zepter der Reformpolitik nun von den nationalistischen Kräften aus den 90er Jahren übernommen, welche versuchen, sich als demokratisch gewandelt zu präsentieren, aber genauso unter Umgehung der eigenen Geschichte. Damit behält jedoch die Frage der kritischen Konfrontation mit dieser jüngsten Geschichte ihre tagespolitische Bedeutung bei.

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres und Rückblick auf die politische Situation aus der Perspektive der Heinrich-Böll-Stiftung

2.1 Kroatien

Neben den Eigenschaften, die alle Länder der Region verbindet, ist die politische Entwicklung in Kroatien vom Scheitern der Reformkoalition und von dem überraschend proeuropäischen, liberalen und zivilisierten Image der neuen Parteiführung der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) gekennzeichnet, die im vergangenen Jahr nach Wahlen an die Macht zurückgekehrt ist. Dieses Scheitern ist zu guten Teilen die Folge der unüberwundenen nationalistischen Legitimierung des Staates. Die Regierungszeit der Reformkoalition (2000–2003) war von einer permanenten politischen Verteidigungsposition in allen Fragen der nationalen Identität gekennzeichnet, was seinen offenen Ausdruck im Widerstreben bezüglich der Auslieferung von kroatischen Angeklagten an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag fand.

Die Hauptursachen für die Niederlage der Koalition waren Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern und ständiger Konkurrenzkampf um das Ansehen der eigenen Partei in der Öffentlichkeit; Nichterfüllung der Wählererwartungen, die um so größer waren, da die Koalition unmittelbar vor dem Wahlsieg 2000 keine konkreten Wahlversprechen gemacht hatte, sondern ihr Sieg eher auf die allgemeine Unzufriedenheit mit der HDZ-Regierung zurückzuführen war. Mit ihrer neoliberalen Politik (teilweise unter dem Einfluss internationaler Finanzinstitutionen) hat die Regierung den Konkurs zahlreicher Unternehmen zugelassen, so dass am Ende der Legislaturperiode die Arbeitslosenzahl (ca. 320 000) genauso groß war wie bei der Machtüber-

nahme. So ist die wichtigste Erwartung der Wähler – Sicherheit der Arbeitsplätze, die üblicherweise mit Sozialdemokraten (Postkommunisten) in Zusammenhang gebracht wird – nicht erfüllt worden. Für das große Wirtschaftswachstum und einige erfolgreiche Investmentprojekte (Ausbau des Autobahnnetzes) wurde ein hoher Preis bezahlt, weil die Auslandsverschuldung dadurch stark angestiegen ist: Ende 2003 belief sie sich auf knapp 23,6 Mrd. USD (83,2 % des BIP im Jahr 2003), und im März 2004 waren es bereits 24,2 Mrd. USD. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass sich die Koalition in ihren Reformbestrebungen die ganze Zeit defensiv verhalten hat, und die nationalistische Auslegung der nationalen Interessen nicht in Frage stellen bzw. die auf nationaler Identität beruhende Politik nicht durch rational begründete Interessen ersetzen konnte.

Die aktuelle „proeuropäische“ Orientierung der neuen HDZ-Führung ist allerdings kein Zeichen einer grundlegenden Veränderung der politischen Kultur, die auch weiterhin durch Nationalismus und Autoritarismus geprägt ist. Statt dessen ist sie Ausdruck eines pragmatischen Verständnisses der neuen Spitze, dass Nationalismus und autoritäre Willkür einer Selbstkontrolle unterworfen sein müssen, da diese schon einmal den Unwillen der Wähler geweckt und die HDZ von der Macht verdrängt hatten.

Nach der Amtsübernahme erfolgten von Seiten der Regierung zahlreiche Gesten mit symbolischem Charakter. So wurde gleich nach Neujahr der traditionsgemäß gegen die HDZ gestimmten Region Istrien ein Besuch abgestattet; den Angehörigen der orthodoxen Kirche gratulierte man zu ihrem Weihnachtsfest mit dem traditionellen Gruß „Christus ward geboren“; im ehemaligen Ustascha-KZ Jasenovac wurden in Reden anlässlich des Gedenktages der Antifaschismus gepriesen und die Ustascha-Verbrechen verurteilt; Regierungsvertreter haben der feierlichen Übergabe der vom Staat wiedererrichteten Häuser der serbischen RückkehrerInnen beigewohnt; die Familie von Milan Levar, der vor dem Haager Tribunal eine Zeugenaussage über die Verbrechen an den Serben in Gospic machte und danach ermordet und von Nationalisten als Verräter geächtet wurde, bekam eine Entschädigung; den hinterbliebenen Kindern des Ehepaares Zec, das gemeinsam mit der zwölfjährigen Tochter im Herbst 1991 in Zagreb von Angehörigen der kroatischen Milizen ermordet wurde, wurde ein hoher Betrag in Form einer finanziellen Unterstützung ausgezahlt.

All diese Gesten stellen jedoch keine Kehrtwende in der herrschenden Ideologie dar, sondern sind eher als Symptome einer „Doppelmoral“ anzusehen: die Übernahme zivilisatorischer rechtlicher und demokratischer Werte ist auf das außenpolitische Umfeld (vor allem die EU) ausgerichtet, während innenpolitische Reformen nur umgesetzt werden, soweit sie zwingend sind. Auf der einen Seite setzt sich das Verständnis rechtlicher Gleichheit unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit noch immer schwer durch (umso mehr gilt das für die positive Diskriminierung ethnischer Minderheiten), weshalb auf lokaler Ebene und bei der Flüchtlingsrückkehr noch immer ethnische Diskriminierung existiert. Auf der anderen Seite toleriert die kroatische Mehrheitsbevölkerung in „ihrem“ Staat die Gruppenmacht der Parteiführungen und das niedrige Niveau politischer Bürgerpartizipation.

In der Gesetzgebung im Bereich Gleichstellung wurde in Kroatien in den letzten Monaten der Koalitionsregierung (2000 bis 2003) ein großer Schritt getan. Gewalt in der Familie, Diskriminierung und sexuelle Belästigung wurden per Gesetz verboten, Rechte von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften werden teilweise anerkannt, Institutionen zum Schutz von Kinderrechten und Gleichberechtigung usw. (Ombudsmänner und -frauen) wurden etabliert. Die nun gesetzlich anerkannten Werte der Gleichberechtigung werden jedoch noch nicht in die Tat umgesetzt. Die Parlamentswahlen im November 2003 führten zu einem Rückgang der politischen Präsenz von Frauen unter den Abgeordneten von 21% auf 17%, während ihre Zahl in der Regierung unverändert blieb (drei Ministerinnen). Die HDZ-Regierung macht keine Anstalten, das Gleichstellungsgesetz zu ändern, setzt aber ihren Akzent erneut auf traditionelle Werte wie Familie, Mutterschaft, Geburtenförderung. Den Organisationen, die sich für Rechte der Frauen und sexueller Minderheiten einsetzen, fehlt es noch an Fähigkeiten für den Kampf gegen indirekte und „subtile“ Formen der Diskriminierung und Gewalt. Die Normalisierung der Beziehungen zu Serbien-Montenegro schreitet allmählich voran. Die vorläufigen Vereinbarungen zum visumfreien Grenzübergang wurden verlängert. Während des Staatsbesuchs von Präsident Mesic in Belgrad im September 2003 hat sich Präsident Marovic für das Leid entschuldigt, das seine Landsleute kroatischen Staatsbürgern angetan haben, was Mesic mit einer Entschuldigung seinerseits erwiderte. Dabei wurde jedoch die Frage nach der konkreten Verantwortung für Kriegsverbrechen und Gewalttaten nicht angesprochen, so dass diese Entschuldigungen nur als ein allgemeines Zeichen des guten Willens zu verstehen sind. Dennoch haben sie einen wichtigen symbolischen Charakter, weil sie auf eine Abschwächung des extremen Nationalismus in der breiten Öffentlichkeit hindeuten, mit dem solche Gesten unvereinbar wären.

Tiefgreifende gesellschaftliche und politische Probleme, die auch die Ex-Regierung nicht zu lösen vermochte, schwelen noch immer unter der Oberfläche. Es handelt sich vor allem um eine auf Klientelismus beruhende Verflechtung von Politik und Wirtschaft, was auf eine systematische Korruption hindeutet. Daher kann auch die organisierte Kriminalität nicht losgelöst von politischen Strukturen betrachtet werden. Die Justiz ist nicht nur ineffizient, weswegen auch Rechte nicht ausreichend geschützt werden, sondern oftmals auch parteiisch – sowohl im Hinblick auf die Korruption, als auch hinsichtlich der politisch-ideologischen Einstellung. In der Innenpolitik wurden einige (langwierige und zögerlich vorangetriebene) Reformprozesse, vor allem im Nachrichtendienst und in der Polizei, gestoppt. Die HDZ hat sich auch nicht von dem Brauch verab-

schiedet, die eigenen Kader zu Führungskräften in öffentlichen Einrichtungen zu ernennen (die zwar nicht staatlich sind, aber der Staatsaufsicht unterliegen wie Krankenhäuser etc.).

Doch vor allem ist noch immer die nationalistische Ideologie vorherrschend, und daher auch die Solidarität mit den Opfern ethnischer Diskriminierung allzu schwach. Außerdem wird in der Öffentlichkeit kein Druck gemacht, die Verbrechen, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf kroatischer Seite begangen wurden, letztendlich aufzuklären – trotz der Tatsache, dass die Verteidigung des Landes gegen die Aggression der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) und der serbischen paramilitärischen Verbände gerechtfertigt war. Diese vorherrschende Ideologie kommt auch in einigen Kreisen der jetzigen Opposition einschließlich der SDP zum Ausdruck. Letztere hat nun einen „Rollentausch“ mit der HDZ vorgenommen, so dass sie sich einzelnen Maßnahmen der Regierung widersetzt, indem sie die einstige Position der HDZ vertritt, wie im Falle der Ersatzansprüche der Ende 1991 und später geflüchteten Serben auf Wohnrecht.

Im Juni 2004 wurde Kroatien der Status eines EU-Kandidaten zuerkannt, nach einem Screening durch die EU-Kommission zum Stand der Umsetzung der EU-Standards sollen Anfang 2005 die Beitrittsverhandlungen beginnen. Heimischen Kommentaren zufolge ist die positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zum kroatischen Beitrittsantrag hauptsächlich der guten Zusammenarbeit der kroatischen Regierung mit dem Haager Tribunal zu verdanken. Die Chefanklägerin Carla del Ponte hat mehrmals bestätigt, dass sie mit der Kooperation der kroatischen Seite vollkommen zufrieden sei. 2004 haben sich zwei kroatische Generäle und sechs Amtsträger der selbsternannten kroatischen Republik „Herzeg-Bosna“ und Anführer kroatischer paramilitärischer Verbände in Bosnien und Herzegowina dem Gericht „freiwillig“ gestellt.

Da seit dem 1.5.2004 die kroatische Grenze zu Ungarn und Slowenien den Regelungen des Schengener Abkommens unterliegt, rechnet man mit einem Zuwachs der MigrantInnen bzw. AsylbewerberInnen in Kroatien. Das neue Asylgesetz, das am 1.7.2004 in Kraft trat, weist jedoch zahlreiche Mängel auf. Die wichtigsten darunter sind: das Asylrecht liegt im Ermessen des Staates und wurde nicht als Menschenrecht anerkannt; zahlreiche Gefährdungen bleiben im Gesetz unberücksichtigt; nur eine unmittelbare Bedrohung (also keine Situation, in der objektive Gründe zur Angst bestehen) wird als Grundlage eines Asylantrags anerkannt; das ganze Asylverfahren wird wie ein Verwaltungsverfahren abgewickelt, d.h. die AsylbewerberInnen können sich nicht an das Gericht wenden. Außerdem ist die Toleranz gegenüber und die Solidarität mit bedrohten Menschen in der kroatischen Gesellschaft noch immer sehr gering.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigten, dass die Unterstützung für die linksorientierte SDP schwächer geworden ist, die liberale Kroatische Volkspartei (HNS) dagegen zulegen konnte, während die Kroatische Bauernpartei (HSS) Verluste hinnehmen musste (da sie durch eine konservativ-nationalistische Neuorientierung nach rechts abgedriftet ist, wo die Wählerstimmen traditionsgemäß der HDZ vorbehalten sind). Kleinere extreme Rechtsparteien wurden vollkommen marginalisiert, und die rechte Szene hat sich um die Kroatische Rechtspartei (HPS) konzentriert. Eine Neuheit ist der Einzug der Kroatischen Rentnerpartei (HSU) ins Parlament, die als erste Partei aufgrund eindeutiger Interessen die Wähler an der Basis mobilisieren und ihre Unterstützung sichern konnte.

Abschließend sei noch erwähnt, dass die Unterstützung für die Grünen (mehrere Parteien), die bei den Wahlen im Dezember 2003 1,4% Stimmen gewonnen haben, zugenommen hat. Obwohl das weit unter der 5%-Hürde liegt, ist ein Plus von 34.500 Stimmen dennoch bedeutsam. Dieses Ergebnis, das mit spärlichen Ressourcen und trotz der Spaltung in acht Parteien erzielt wurde, könnte ein Zeichen dafür sein, dass immer mehr Bürger bereit sind, diese Option zu wählen.

Eine Gruppe von Umweltschutzverbänden, mit „Eko-Kvarner“ (von der Insel Krk) an der Spitze, führt schon seit über einem Jahr eine Kampagne gegen das Projekt „DruzbAdria“ – ein Abkommen zwischen acht Ländern von Russland bis Kroatien zur Nutzung der bestehenden Adria-Pipeline JANAF (Jadranski Naftovod) in Gegenrichtung, d.h. zum Mineralöltransport aus Russland und dem Gebiet um das Kaspische Meer bis zur Adria. Umweltschützer haben nicht nur darauf hingewiesen, dass die Pipeline unzuverlässig und veraltet ist, sondern auch auf die Gefahr von Tankerunglücken, und die Störung des biologischen Gleichgewichts in der Adria. In der von der JANAF in Auftrag gegebenen Umweltverträglichkeitsstudie wird, laut Leiter der Expertengruppe, eine positive Stellungnahme zum Projekt gegeben. Der Umweltschutzverband „Eko-Kvarner“, der die Unabhängigkeit der Expertengruppe zu Recht bezweifelt, wird ebenso wie die anderen zivilgesellschaftlichen AkteureInnen Unterstützung durch internationale und einheimische Netzwerke und ExpertInnen benötigen.

2.2 Bosnien und Herzegowina

Das Daytoner Friedensabkommen vom November 1995, auf dem die Staatskonstruktion Bosnien und Herzegowina (BuH) beruht, stellt einen politischen Kompromiss zwischen den einst kriegführenden Seiten dar, der nicht den Prinzipien des Rechts folgt, sondern die Ergebnisse des Krieges festschrieb. Im Ergebnis dieses Abkommens ist Bosnien-Herzegowina auf dem ethn nationalen Prinzip der Staats-, Macht-, territorialen und gesellschaftlichen Teilung aufgebaut. Alle in der Verfassung (Annex IV des Daytoner Friedensabkommens) eingebauten internationalen Konventionen und gesetzlichen Verordnungen über die politischen Rechte befinden sich in direkter Kollision mit der Verfassung, da den Kollektivrechten der sogenannten konstitutiven Völker der Vorrang vor den Individualrechten eingeräumt wird: Politische Funktionen kann man nur

als Kroat, Serbe oder Bosniake besetzen, nicht aber als BürgerIn des Landes BiH. Somit ist die politische Identität und politische Repräsentanz auf die ethnische Vertretung reduziert, und das individuelle Recht als StaatsbürgerIn ausgehebelt.

Die gesellschaftspolitische Lage in Bosnien charakterisiert nach wie vor einen nicht funktionierenden Staat (fehlende staatliche Institutionen wie Innen-, Bildungs-, Kultus- oder Wirtschaftsministerium, relativ einfache Möglichkeit die Arbeit der vorhandenen staatlichen Institutionen oder Prozesse zu blockieren durch den sogenannten „Schutz der vitalen nationalen Interessen“). Die Vorherrschaft nationalistischer Parteiinteressen in Gesetzes- und Gerichtsverfahren, politische Willkür der Machthaber von der lokalen bis zur gesamtstaatlichen Ebene, die Obstruktion von Exekutive und Judikative und gänzlich fehlende Kontrolle über den Sicherheitsapparat (Polizei, Nachrichtendienste, Militär) sind die Folge.

Unter der Bedingung eines Halbprotektorats ist die Rolle der Internationalen Gemeinschaft (IG) bei der Verwirklichung des Menschenrechtsschutzes von herausragender, wenn auch ambivalenter Bedeutung. So wurde seit Kriegsende die Wiederherstellung von Bewegungsfreiheit und öffentlicher Sicherheit erreicht, die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen in nicht geringer Zahl konnte durchgesetzt werden, die bosnischen Polizeibehörden sind internationaler Kontrolle unterstellt. Doch blieben entscheidende Reformen lange Zeit aus. Die Reform des maroden, ethnisierten Justizwesens wird erst seit zwei Jahren intensiv betrieben, ein zentralstaatlicher Gerichtshof und eine Staatsanwaltschaft, Justiz und Innenministerium auf gesamtstaatlicher Ebene erst im vergangenen Jahr eingerichtet. Zugleich jedoch hat der Menschenrechtsschutz letzthin erheblich an Bedeutung verloren, wichtige staatliche Institutionen des Menschenrechtsschutzes wurden aufgelöst (Menschenrechtskammer) oder eindeutig zu früh in lokale Hände gegeben (Büro der Ombudsleute).

Der Versuch der IG, Bosnien mit seinen ethnisch fragmentierten Institutionen zu einem funktionierenden Staat zu machen, um das langwierige und kostspielige internationale Engagement endlich beenden zu können, ist gescheitert und hat unter dem aktuellen Hohen Repräsentanten Paddy Ashdown zu einem Kurswechsel geführt. Die neue Politik des Hohen Repräsentanten betreibt den praktischen Umbau von BiH in Richtung der forcierten Stärkung des Zentralstaats von außen, vermeidet dabei zugleich jedoch eine Grundsatzdebatte über den zukünftigen Status des bosnischen Staates und in diesem Kontext die Thematisierung der Vergangenheit, und muss sich dabei auf die an die Macht zurückgekehrten nationalistischen Parteien stützen.

Dass eine völlige Tabuisierung der Geschichte dennoch nicht durchgehalten werden kann, zeigt die vom Hohen Repräsentanten dekretierte Einsetzung einer Entitätskommission zur Aufarbeitung des Genozids in Srebrenica durch die Regierung der Republika Srpska (RS), die zunächst im Mai 2004 einen inakzeptablen Bericht veröffentlichte. Der Hohe Repräsentant setzte daraufhin den Teamleiter und den RS-Verbindungsoffizier zum Haager Tribunal ab und machte den RS-Präsidenten Dragan Cavic und den RS-Premierminister Dragan Mikerevic persönlich verantwortlich für die Arbeit der Kommission. Der erste Teil des endgültigen Berichts wurde inzwischen fertiggestellt und vom RS-Parlament akzeptiert. RS-Präsident Cavic sprach in seiner Fernsehansprache zu diesem Anlass zum ersten Mal von einer „schwarzen Seite der Geschichte des serbischen Volkes“.

Von Seiten der Internationalen Gemeinschaft gibt es immer wieder heftige Kritik am Verhalten der Republika Srpska hinsichtlich der Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal. Immer noch unternehmen führende Politiker dort vor allem Anstrengungen, die Lage zu vertuschen durch Scheinaktionen. Der einzige Versuch der Polizei in der RS, einen gesuchten Kriegsverbrecher – Milan Lukic – in Visegrad festzunehmen, endete tragisch: Der Bruder wurde wegen angeblicher Gegenwehr getötet. Nach Berichten des Institute for War and Peace Reporting (IWPR, www.iwpr.net) zielte die Aktion tatsächlich auf die Eliminierung des Angeklagten Lukic, der angeblich mit einem Sonderermittler des Haager Tribunals zusammenarbeitete und das Netz von Karadzics Komplizen in der Polizeiführung der RS und unter den Drogenhändlern aufdecken wollte. Die unzureichende Beteiligung an der Festnahme mutmaßlicher Kriegsverbrecher ist auf dem NATO-Gipfel in Istanbul im Juni explizit als Grund dafür benannt worden, Bosnien nicht in die Partnerschaft für den Frieden (PfP) aufzunehmen.

Noch deutlicher war aber die Amtsenthebung von 59 führenden SDS-Vertretern, darunter des Parteivorsitzenden (und Parlamentspräsidenten der RS) Dragan Kalinic, zahlreicher Minister, Vizeminister, Abgeordneter und Bürgermeister, durch Paddy Ashdown im Juni 2004 wegen Handlungen gegen das Daytoner Abkommen und mangelnder Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal. Solche Entlassungen und Amtsenthebungen hat es allerdings auch schon früher gegeben, und in der Regel erwiesen sich die „politisch Toten“ bald wieder als sehr lebendig.

Im vergangenen Jahr gab es mehrere Schuldeingeständnisse von Angeklagten vor dem Haager Tribunal und entsprechende Urteilsprüche. 20 Jahre Haftstrafe für General Stanislav Galic für die Belagerung und den Beschuss von Sarajevo; lebenslange Haft für Milomir Stakic aus Prijedor wegen Mordes, Vertreibung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; 27 und 17 Jahre Haftstrafe für Momir Nikolic und Dragan Obrenovic, Offiziere der serbischen Armee, angeklagt wegen Völkermordes in Srebrenica. Ihre Schuldeingeständnisse für die Teilnahme am geplanten und systematisch durchgeführten Massaker an der bosnischen Bevölkerung in Srebrenica sind bedeutende Beweise für den mühsamen Prozess der Vergangenheitsaufar-

beutung in BuH. Wichtig war in diesem Kontext auch die wegweisende Entscheidung des UN-Tribunals, das Massaker von Srebrenica als Völkermord einzustufen.

Krieg, Nachkriegsordnung und die schlechte wirtschaftliche Lage haben einen voranschreitenden Prozess tiefgreifender gesellschaftlicher Entsolidarisierung verursacht, der verbunden ist mit der mangelnden Identifikation mit dem Staat in seiner bestehenden Form. So spielt sich auch heute noch ein bedeutender Teil ökonomischer Aktivitäten in der sogenannten Schattenwirtschaft ab, Korruption und organisierte Kriminalität haben gerade in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen.

Unabhängige Wirtschaftsprüfer haben Anfang 2004 staatliche Institutionen – u.a. das Staatspräsidium, das Oberste Gericht und das Verfassungsgericht BuH – erstmalig einer Prüfung unterzogen und sie als negativ bewertet. Benannt wurden in den Berichten u.a. unzulängliche interne Kontrollen, Fehlen bzw. Nichteinhaltung der eigenen Richtlinien, ungesetzliche Beschaffungen von Dienstwagen, Intransparenz und Unwirtschaftlichkeit der Ausgaben, Unzulänglichkeiten bei der Abführung von Lohn- und Umsatzsteuern, relevante Überschreitung der Budgets. Auf die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung, besonders was die Arbeit des Staatspräsidiums angeht, reagierte der Hohe Repräsentant mit der Bemerkung, dass in jedem normalen Land nach solchen Prüfungsergebnissen die Einreichung von Rücktrittsgesuchen von den höchsten Regierungsstellen als Folge zu erwarten wäre.

Die bosnische Wirtschaft bleibt auch weiterhin ethnisch geteilt. Die Folgen der unklaren politischen Lage spiegeln sich in der wirtschaftlichen und damit auch in der sozialen Lage. Der Berichtszeitraum war durch zahlreiche Streiks von ArbeiterInnen, LandwirtInnen und RentnerInnen geprägt. Wegen fehlender heimischer Kapitalakkumulation und gleichzeitig hohem Bedarf an Investitionen in Erneuerung und Entwicklung sind die Erwartungen an ausländische Investitionen in BuH groß. Die Last der Auslandsschulden steigt, und der Weltmarkt bleibt unerreichbar für bosnisch-herzegowinische Produkte. Die wirtschaftliche Lage in BuH ist daher gekennzeichnet von anhaltend hoher Arbeitslosigkeit (die offizielle Arbeitslosenquote erreichte zuletzt die Rekordzahl von 44,5%), schlechte Durchführung der Privatisierung aufgrund schlechter Gesetze, geringere Industrieproduktion (der Anteil der Deckung der Importe durch den Export lag bei 35%); direkte ausländische Investitionen nahmen drastisch ab (um 30% im Verhältnis zum Vorjahreszeitraum).

Die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes mit fast einer halben Million Arbeitslosen und einer fast ebenso großen Zahl von Rentnern hat direkte Auswirkungen auf Bildungswesen und Kultur. Ein schockierend hoher Anteil, etwa 72% der jungen Menschen, möchte aus Perspektivlosigkeit das Land vorübergehend oder für immer verlassen. Fast 100 000 junge Menschen sind seit dem Ende des Krieges bereits gegangen. Somit sind potentielle Veränderungsträger für immer verloren. Das durch ethno-nationalistische Politik gestärkte kollektivistische Bewusstsein der Bildungsträger, allgemeine Apathie der jungen Generation, sehr schwache zivile Gesellschaft behindern einerseits die Ausbildung der zu den notwendigen demokratischen Veränderungen fähigen Kräfte und bewirken andererseits die Marginalisierung jener Kräfte der kritischen Intelligenz, die nicht an ökonomische oder politische Macht gebunden sind.

Neue Generationen sind im Sinne der Intoleranz erzogen worden und in manchen Gebieten (in der Föderation BuH) ist in den Schulen noch immer Apartheidzustand zu verzeichnen. Auch hier mangelt es am politischen Willen der Machthaber, notwendige gesellschaftliche Veränderungen zu vollziehen. Dies ist im Herbst 2003 durch die Verweigerung der gesetzlich vorgesehenen administrativen Vereinigung der Grund- und Mittelschulen in gemischten bosnisch-kroatischen Gebieten deutlich geworden – und erneut im Juni 2004, als bosnokroatische Politiker mit dem Argument „der bedrohten vitalen nationalen Interessen“ die Annahme des neuen Hochschulrahmengesetzes verhinderten. Daraufhin verweigerte die Weltbank den für die Bildungsreform bereits zugesagten Kredit über 12 Mio. USD.

Die Transition vom Krieg zum Frieden, die begleitet wird von konservativen Systemwerten und der Neudefinition von Kollektividentitäten (die ethnische vor allen anderen Identitäten), führte zu einer ausgeprägten Marginalisierung der Frauen im öffentlichen und politischen Leben. Die Rolle der Frauen wurde besonders durch den Krieg auf den engen privaten Familienbereich begrenzt. Infolge dessen sind ihnen im aktuellen ethno-nationalistischen und autoritären Umfeld sogar die im früheren Gesellschaftssystem erworbenen Rechte de facto entzogen worden, ganz zu schweigen von den neuen demokratischen Rechten. Neuere Untersuchungen von internationalen und den wenigen lokalen NGOs im Lande zeigen, dass die Frauen in allen Gesellschaftsbereichen (Bildungswesen, Wirtschaft, Politik, Sozialbereich) benachteiligt bzw. diskriminiert sind.

Über 60% der arbeitsfähigen Bevölkerung sind Frauen, ihr Anteil an den Beschäftigten liegt jedoch nur bei 37%. Starke patriarchale Traditionen, die allgemeine Armut, das verbreitete sehr niedrige Bildungsniveau haben direkte Auswirkungen auf die politische Partizipation der Frauen. So sind sie ungenügend in der legislativen und exekutiven Gewalt vertreten.² Die bereits im politischen Leben präsenten Frauen sind für Genderthemen kaum sensibilisiert. Ethnische und religiöse Segregation trugen dazu bei, dass das ethnische Bewusstsein für viele Frauen wichtiger wurde als ihre Gleichstellung in der Gesellschaft. Die fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter wird stereotyp erklärt: erstens – schlechte ökonomische Situation, zweitens – Genderfragen sind Probleme der Frauen.

Im Oktober 2003 kam ein ehemaliger jugoslawischer Spitzenfunktionär und damaliger Vertreter der reformistischen Kräfte nach Bosnien-Herzegowina, um eine Initiative zum Bau mehrerer großer Staudämme vorzustellen. Die Initiative selbst wurde als „Kauf von Frischluft“ laut Kyoto-Protokoll durch Investitionen aus Öster-

reich und Italien angeregt. Da BuH das Kyoto-Protokoll nicht unterschrieben hat, sind die EU-Mitgliedsstaaten hier nicht zur Einhaltung der neuen Standards verpflichtet. Die Idee selbst resultierte aus dem Entwicklungsplan der ehemaligen SFR Jugoslawien aus dem Jahr 1986, der für den damaligen Bedarf erstellt wurde. Er wurde jedoch nie revidiert und den Bedürfnissen der Nachkriegssituation angepasst, in der BuH Strom zu Niedrigpreisen exportiert, und die Verluste aus diesem Geschäft mit hohen Preisen auf dem einheimischen Markt kompensiert. Die Initiative zum Bau dieser Wasserkraftwerke zeigt gleichzeitig auch die Lage, in der sich das Land derzeit befindet: ähnliche Projekte sind in EU-Mitgliedsstaaten und potentiellen Mitgliedsstaaten verboten, so dass Initiativen zum Bau solcher Dämme in den Soca-Gewässern in Slowenien und an einigen Flüssen in Kroatien keine Unterstützung fanden und man sich dort stattdessen auf erneuerbare Energiequellen orientiert. Auch dieses Beispiel zeigt, wie weit Bosnien-Herzegowina noch von einem Kandidatenstatus für den EU-Beitritt entfernt ist.

2.3 Serbien und Montenegro

Serbien befindet sich in einem komplexen politischen Transformationsprozess von einer Diktatur in eine Demokratie. Der Verlauf dieses Prozesses wird vom negativen Erbe der Diktatur S. Milosevics, des Krieges und des Sozialismus beeinflusst. Die Tatsache, dass es dem politischen Block (DOS) nach der Oktoberwende nicht gelang, den „Raum der Möglichkeiten“ und die große Mobilisierung der Bürger zu nutzen, offenbarte das Fehlen jener politischen Kräfte in Serbien, die für tiefere politische und demokratische Veränderungen nötig sind. Zugleich zeigte sich, dass parallele und unkontrollierte Machtstrukturen (organisiertes Verbrechen, Geheimdienste, parapolizeiliche Kräfte), die sowohl mit alten Machthebeln und Akteuren als auch mit Teilen des neuen Regimes in Verbindung stehen, diejenige Grundkraft darstellen, die die Transformation von einer Nachkriegs- und postautoritären Gesellschaft in eine Bürgergesellschaft blockiert.

Seinen grundlegenden Eigenschaften nach ist Serbien ein unvollendeter Staat. Die ungelösten territorialen Fragen (Kosovo, unklare Verfasstheit des Staatenbundes Serbien-Montenegro), das Fehlen einer klaren Zuordnung politischer Macht, das Verschieben der Erneuerung der Verfassung und die allgemeine unsichere Lage sind Zeichen einer solchen Situation.

Mit der Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic im März 2003 scheiterten die reformorientierten, proeuropäischen Kräfte auf dramatische Weise: der serbische Premier wurde von jenem Teil des serbischen Sicherheitsapparats umgebracht, der die Kriegsverbrechen in den Balkan-Kriegen federführend organisiert hatte, und den er vom zerfallenen sozialistischen Regime übernommen hatte. Der dem Attentat folgende Niedergang der Reformkräfte endete mit dem Sieg der „ehrlichen“ Nationalisten bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003. Damit haben die nationalistischen gesellschaftlichen Kräfte eine Konsolidierung und Machtfülle erreicht, wie sie sie unter Milosevic nicht gehabt haben.

An den Wahlen beteiligten sich neunzehn politische Parteien und Koalitionen. Die ultranationalistische Serbische Radikale Partei hat einen überzeugenden Sieg davongetragen, zweitstärkste Kraft ist die konservativ-nationalistische Demokratische Partei Serbiens (DSS) geworden. Vertreten sind im Parlament außerdem die Demokratische Partei (DS), G17 plus, eine neue, aus der gleichnamigen Expertenorganisation hervorgegangene Partei, die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) und die Serbische Erneuerungsbewegung (SPO), eine konservativ-nationalistische Partei. Nach den Wahlen wurde eine Minderheitsregierung gebildet, zusammengesetzt aus der politischen Koalition von DSS, G17 plus und SPO, mit der Unterstützung der Sozialistischen Partei Serbiens. Der neue politische Block trug das Programm der politischen und nationalen Erneuerung Serbiens vor. Der ideologische Kern dieses Projekts besteht im traditionellen serbischen Konservatismus, der aggressiven Nationalismus, orthodoxen Fundamentalismus und Antieuropäismus miteinander verbindet.

Die Herausbildung des „serbischen nationalistischen Blocks“ wurde insbesondere gestärkt durch die Gewaltexplosion im Kosovo. Diese Ereignisse wirkten sich stark auf die Mobilisierung der nationalistischen Ressentiments und die Entstehung einer eigenartigen Form monolithischen Patriotismus um die „Kosovo-Frage“ aus. Vom Parlament wurde eine Kosovo-Deklaration verabschiedet, über die politischer Konsens aller politischen Parteien erzielt werden konnte, und von der Regierung wurde das politische Projekt der Gebietsorganisation des Kosovo („eine Autonomie innerhalb der Autonomie“) angeboten, von den politischen Akteuren im Kosovo jedoch abgelehnt. All das lässt darauf schließen, dass die Kosovo-Frage hauptsächlich als eine territoriale Frage und nicht als eine Frage der Modernisierung betrachtet wird.

Durch den Regierungswechsel im Dezember 2003 stellt das Verhältnis von kritischer Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und Bewältigung der gesellschaftspolitischen Krise ein noch drängenderes Problem dar als in BuH. Die Ursachen dafür liegen im spezifischen Charakter des serbischen Nationalismus unter dem Regime Milosevic, der dadurch geprägt war, dass Serbien zwar mehrere nationalistische Eroberungskriege führte, diese aber bis zum Kosovo-Krieg nicht auf dem eigenen Territorium stattfanden. Außerdem bestand ein entscheidendes serbisches Spezifikum darin, dass das sich sozialistisch nennende Regime ein offensichtlich herrschaftsinstrumentelles, pragmatisches Verhältnis zum Nationalismus hatte. Die nationalistischen Ideologen waren nicht im Staat, sondern in der Gesellschaft zu finden, in den Universitäten, den Kulturverbänden, in der orthodoxen Kirche.

Der Beginn des Gerichtsprozesses wegen der Ermordung des Premiers Zoran Djindjic und die freiwillige Ergebung des Hauptangeklagten Milorad Ulemek-Legija (Kommandant der zur Zeit Milosevics gebildeten paramilitärischen Einheit, die mit Recht verdächtigt wird, die wichtigsten politischen Morde in Serbien begangen zu haben) haben nachdrückliche politische Folgen. Der regierende politische Block, insbesondere die DSS, nutzt diesen Gerichtsprozess für die politische Abrechnung und Delegitimierung des politischen Erbes von Zoran Djindjic. Dieser Prozess wird durch die Aufdeckung großer Korruptionsaffären zusätzlich verstärkt. Vom öffentlichen Feld wurde die Frage der Verantwortung für Kriegsverbrechen, Zerstörungen, Übersiedlung der Bevölkerung, politische Morde, Ausbeutung usw. völlig verdrängt. Die drängendsten Wirtschaftsprobleme wie hohe Arbeitslosigkeit, schleppende marktwirtschaftliche Umstrukturierung der staatlichen Unternehmen, Schattenwirtschaft und das Ausbleiben ausländischer Investitionen bestehen weiter. Nach offiziellen Angaben haben in den letzten Jahren etwa 30 000 Menschen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren und mit einem Hochschulabschluss Serbien verlassen. Dieser Trend wurde nach der Umwälzung in Oktober 2000 für kurze Zeit abgeschwächt. Da die hohen Erwartungen der BürgerInnen sich jedoch nicht erfüllten, zeigen die jüngsten Meinungsumfragen, dass wieder fast 60% der Jugendlichen in Serbien keine Lebensperspektive sehen. Die meisten nennen als Hauptgründe die Willkür und das unverantwortliche Handeln der Politiker, die Frustration aufgrund ihrer eigenen Machtlosigkeit, wenn es um die Verbesserung der Lage im Lande geht, die Parteizugehörigkeit als Beförderungsbedingung und die schlechte wirtschaftliche Lage.

Unter solchen Umständen wurden die Präsidentschaftswahlen (13. Juni 2004) ausgeschrieben. Am Wahlkampf waren drei Kandidaten beteiligt: Boris Tadic, Kandidat der Demokratischen Partei, Dragan Marsicanin, Kandidat der regierenden Koalition, und Tomislav Nikolic, Kandidat der Serbischen Radikalen Partei. Die populistische Rhetorik des ultranationalistischen Kandidaten Tomislav Nikolic wurde von dem Umfeld, in dem die Wahlen stattfanden (unvollendeter Staat, ungelöster Status und Gewaltexplosion im Kosovo, Armut, Korruption), stark begünstigt. Es war klar, dass der Sieg des ultranationalistischen Kandidaten die Rückversetzung Serbiens in die Isolation, in Konflikte mit den Nachbarn und die Blockade der politischen und demokratischen Reformen bedeuten würde. Serbien bot sich auf innenpolitischer Ebene die Erneuerung der sich auf die Ideologie des ethnischen Nationalismus gründenden autoritären Ordnung und auf außenpolitischer Ebene Isolation und nichteuropäische Perspektive.

Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen siegte Boris Tadic, Kandidat der Demokratischen Partei. Offiziellen Angaben zufolge erhielt Tadic 53,53% und der Kandidat der Serbischen Radikalen Partei Tomislav Nikolic 45,10% der Stimmen. Tadic gehört dem Oppositionskern der politischen Kräfte in Serbien an, die sich der Diktatur von Slobodan Milosevic widersetzt haben. Er ist Träger einer ausgesprochen pro-europäischen, pro-liberalen und pro-demokratischen Orientierung in der politischen Gesellschaft Serbiens. Er wurde von den nationalen Minderheiten und dem politisierten Teil der Zivilgesellschaft bedeutend unterstützt und gehört zu den Politikern, die gegenüber Initiativen und Akteuren der Zivilgesellschaft ausgesprochen offen sind.

Auf der Basis der Wahlergebnisse, insbesondere der gewachsenen politischen Bedeutung der DS, sind zwei mögliche politische Entwicklungen für die nächsten Monate denkbar: erstens, dass auf der Basis eines Minimalkonsens (neue serbische Verfassung) zwischen der oppositionellen DS und der DSS die aktuelle serbischen Minderheitsregierung fortbesteht, oder zweitens, dass es bis zum Jahresende zu vorzeitigen Parlamentswahlen kommt. Letzteres scheint zur Zeit wahrscheinlicher. Diese Wahlen könnten zu einer Klärung des politischen- und Parteienspektrums in Serbien führen.

2.4 Kosovo

Unter dem Dach eines provisorischen Verfassungsrahmens regiert im Kosovo die UN-Verwaltung UNMIK als oberste exekutive, legislative und judikative Macht. Seit zwei Jahren hat sie begrenzt exekutive und legislative Macht an lokale Institutionen abgegeben – an die provisorische Regierung und das Parlament –, die oberste Entscheidungsbefugnis in diesen Bereichen jedoch behalten. Hinzu kommt der Charakter des albanischen Parteiensystems, in dem neben der aus dem Apparat der kommunistischen Partei hervorgegangenen Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) von Ibrahim Rugova zwei Parteien dominieren (Demokratische Partei des Kosovo PDK, Allianz für die Zukunft des Kosovo AAK), die aus einer kurzzeitig bestehenden Armee ohne Staat (UCK) entstanden sind. Da diese drei Parteien mit den Vertretern der Serben und anderer Minderheiten die Regierung stellen, gibt es keine relevante Opposition im Parlament. So haben zwei Jahre praktischer Parlamentsarbeit zwar dazu beigetragen, die offenen Konflikte zwischen den drei Parteien einigermaßen zu entschärfen, es existiert jedoch keine Grundlage, auf der die „Volksvertretung“ ihre Funktion als autonome Institution und Kontrollinstanz der Regierung wahrnehmen könnte. Das hat zu einem System der beiderseitigen Verantwortungslosigkeit geführt.

Im März 2004 haben gewaltsame Unruhen Kosovo erschüttert und die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit nach längerer Pause wieder auf den Balkan gelenkt. Was als serbische Blockade der Straße Pristina-Skoplje und lokale Unruhen in der geteilten Stadt Mitrovica begann, entwickelte sich innerhalb von wenigen Stunden zu landesweiten Übergriffen albanischer Demonstranten auf serbische Enklaven und die

Internationale Gemeinschaft im Kosovo. Dabei entglitt der UN-Polizei und der KFOR die Kontrolle für 24 Stunden vollständig.

Bei den Auseinandersetzungen, bei denen insgesamt etwa 50 000 albanische Demonstranten 17 000 KFOR-Soldaten gegenüber standen, kamen 28 Menschen ums Leben, mehrere hundert Personen wurden verletzt, darunter 55 KFOR-Soldaten und fast 100 UN-Polizisten. Geschätzte 3500 Serben wurden aus ihren Wohnorten vertrieben, mehrere hundert serbische Häuser in Brand gesteckt, außerdem 30 orthodoxe Kirchen und Klöster zerstört. Auf tragische Weise haben die Ereignisse im Kosovo verdeutlicht, dass die scheinbare Befriedung von Konflikten nicht gleichzusetzen ist mit wirklicher politischer und gesellschaftlicher Normalisierung und Stabilität.

Diese Gesamtsituation verursacht eine sozioökonomische Stagnation, einen zunehmenden Niedergang. Die ungelöste Statusfrage behindert die Transformation, allen voran die Privatisierung der ehemals sozialistischen Wirtschaft, die bereits durch ihre schwerindustrielle Struktur belastet ist. Die kosovarische „Ökonomie“ stützt sich daher zur Zeit vor allem auf den kriminalisierten Handel, Transferzahlungen albanischer Gastarbeiter sowie die abnehmenden Einnahmen, die sich aus der Präsenz internationaler Organisationen ergeben. Die katastrophale ökonomische Lage spiegelt sich einerseits im schlechten Zustand von Infrastruktur und Sozialsystemen, andererseits in einer Massenarbeitslosigkeit von geschätzten 50 bis 60 Prozent. Bei der jüngsten Bevölkerungsstruktur in Europa wächst damit eine zunehmende Masse perspektivloser Jugendlicher auf.

Weder als der Kosovo im Zentrum westlicher Öffentlichkeit stand, noch heute existiert eine Bereitschaft der IG, die politischen Kosten, die mit einer endgültigen Entscheidung der Statusfrage verbunden sind, zu tragen. Der auferlegte Zeitplan von „Standards vor Status“ zwingt die UNMIK permanent zum Eingriff in den beschränkten Zuständigkeitsbereich kosovarischer Institutionen, verhindert den aufgrund der eklatanten strukturellen Schwächen mehr als notwendigen, zeitaufwendigen politischen Lernprozess und hat so in den zurückliegenden Monaten kontinuierlich die Spannungen zwischen UNMIK und den lokalen politischen Kräften verschärft. Die Instrumentalisierung der Unruhen vom März 2004 durch führende albanische Politiker zur Bekräftigung der Unabhängigkeitsforderung und die dadurch entstandene Beschädigung ihres internationalen Ansehens haben die Unzulänglichkeit der bestehenden politischen Gruppen bestätigt.

3. Ausblick

Da Kroatien den EU-Kandidatenstatus bekommen hat und der Beginn der konkreten Verhandlungen für das Frühjahr 2005 angekündigt wurde, wird die regierende HDZ ihre pragmatische Politik wohl fortsetzen. Damit verringert sich die Möglichkeit eines erneuten nationalistischen Isolationismus. Trotzdem bleibt die Gefahr, dass die Regierung ihre neue Legitimität ausnutzt, um radikalen Schritten auszuweichen besonders zur Verbesserung der Lage der ethnischen Minderheiten (vor allem Serben und Roma), aber auch hinsichtlich der Justiz und anderer Grundvoraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit. Günstige Rahmenbedingungen, die Dank der Verpflichtung zur Verabschiedung der europäischen Standards erreicht werden müssen, können tatsächlich nur durch das weitere starke Engagement der Organisationen der Zivilgesellschaft umgesetzt werden.

Informationsarbeit zu Maßnahmen zur EU-Anpassung, Ausbildung usw. ist in Kroatien nicht notwendig. Was völlig fehlt, ist die Bekanntmachung der Probleme, die in Verbindung mit der EU schon bestehen oder entstehen können bei der Integration der Gesellschaften, die nicht nur wirtschaftlich und institutionell, sondern auch politisch-kulturell unzureichend entwickelt sind. Daher will die Heinrich-Böll-Stiftung vor allem den Meinungs- und Erfahrungsaustausch, Workshops und gemeinsame Aktionen mit Partnerorganisationen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten (Polen, Tschechien) organisieren.

Die Annahme der EU-Machbarkeitsstudie vom November 2003 eröffnete den Stabilisierungs- und Annäherungsprozess Bosnien und Herzegowinas unter Benennung der grundlegenden gesellschaftlichen Bereiche, in denen substantielle Reformbemühungen unternommen werden müssen, bevor ein Abkommen unterzeichnet werden kann: Rechtsstaatliche und demokratische Reform des Staates, Beschleunigung des marktwirtschaftlichen Umbaus der Ökonomie, Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption. Der späte Versuch der IG, die ethnisch fragmentierten staatlichen Institutionen und die fragmentierte Wirtschaft zu einem funktionierenden Staat umzubauen, ist vor zwei Jahren mit der Rückkehr an die Macht gerade der nationalistischen Parteien zusammengefallen, die für diese Fragmentierung verantwortlich sind. Ob der seitdem laufende Versuch, gerade diese Kräfte auf eine beschleunigte Reform des Daytoner Gemeinwesens zu verpflichten, letztendlich scheitern wird und wie eine neue politische Strategie für diesen Fall aussehen kann, ist eine offene Frage. Die Möglichkeit des Scheiterns hat jedoch im europäischen Erweiterungsprozess an zusätzlicher Dramatik gewonnen, denn sie wäre für Bosnien-Herzegowina unmittelbar mit der Konsequenz verbunden, auf Jahre hinaus vom europäischen Einigungsprozess ausgeschlossen zu sein.

Die EU-Prioritäten für BuH decken sich mit den Problemen, die von der Heinrich-Böll-Stiftung schon als Themenfelder bearbeitet werden: Reform der Daytoner Staatsstruktur im Sinne einer zumindest teilweisen „Entethnisierung“, Forderung nach verstärkter Übernahme von Verantwortung durch einheimische Politiker,

Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit, Stärkung von Zivilgesellschaft, Menschenrechten und Genderaspekten, Aufarbeitung der Vergangenheit und Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal. Bezüglich der EU-Integration ist die aktuelle Ausgangslage von Serbien-Montenegro noch schlechter als die von Bosnien-Herzegowina. Die letzten Parlamentswahlen haben in Serbien jene Parteien an die Macht gebracht, welche nicht nur für eine Stärkung des serbischen Nationalismus stehen, sondern auch für eine euroskeptische bis offen antieuropäische Haltung. Dieses Bild wird verstärkt durch die aus den Wahlen als weitaus stärkste Kraft hervorgegangene Radikale Partei, die als wichtigste Oppositionspartei einen aggressiven antieuropäischen Kurs verfolgt. Diese politische Konstellation droht so nicht nur, die instabilen politischen Verhältnisse fortzuschreiben und an den enormen Herausforderungen wie Staatszerfall und kriminalisierte Wirtschaft umzubauen, sondern auch den offenen Bruch mit Europa zu riskieren.

Darüber hinaus hat sich in Serbien eine spezielle Form der Übertragung des politischen Extremismus von der politischen Gesellschaft (Partei) auf die Zivilgesellschaft (Obraz, Justinianovci, Dveri usw.) entwickelt, wobei die serbische orthodoxe Kirche eine besondere Rolle spielt. Ein wesentliches Merkmal dieser Organisationen ist die Produktion von Gewalt (gewaltsame Zerstreuung der Gay Pride Parade, Verhinderung von Aktionen der Friedensgruppen, gewaltsames Verbot gegenüber den Vertretern der protestantischen Kirche, ihre Messe in der orthodoxen Kirche zu zelebrieren, gewaltsame Entfernung von ausgestellten Exponaten, die sich auf die Kriegsverbrechen beziehen, öffentliche Promotion und Mythologisierung der Kriegsverbrecher Karadzic und Mladic). Die soziale Dynamik lässt gleichzeitig erkennen, dass Serbien allmählich die politische und bürgerliche Normalität erlangt, und dass dieser Prozess mit weitaus mehr Aufmerksamkeit zu analysieren ist. Gleichzeitig erweist es sich als notwendig, den ökonomischen und sozialen Ursachen der Armut und den politischen Folgen der Korruption bedeutend größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Solange der politische Prozess der Annäherung Serbien-Montenegros an die EU ausgesetzt bleibt, ist es der Heinrich-Böll-Stiftung auch nicht möglich, entsprechende begleitende Aktivitäten zu organisieren. Daher sollen auf der Basis der bestehenden Kooperationen diejenigen Kräfte in Zivilgesellschaft, Medien und Politik gestärkt werden, die für einen proeuropäischen Kurs stehen. Entsprechende Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit sollen das Bewusstsein der Bürger über die untrennbare Verbindung von gesellschaftlicher Modernisierung und EU-Annäherung wie über die katastrophalen Folgen einer Abtrennung vom europäischen Einigungsprozess für Serbien schärfen.

Mit den (Halb-)Protektoraten in Bosnien-Herzegowina und Kosovo befinden sich neben dem Irak die umfassendsten Krisenbewältigungsprojekte der IG noch immer in Südosteuropa. Die Bundesrepublik nimmt dabei insbesondere mit Truppenbeitrag eine entscheidende Position ein. Mit der Übernahme der internationalen Polizei- und Militärmission in Bosnien durch die EU wird Bosnien ab diesem Jahr zum ersten ernsthaften Testfall für die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik.

Und in Südosteuropa ist das internationale Krisenmanagement noch keineswegs abgeschlossen. Ganz im Gegenteil, die offenen Statusfragen implizieren auch Jahre nach Beendigung der Balkan-Kriege noch immer die Möglichkeit des Scheiterns: Für Bosnien-Herzegowina stellt sich auch fast zehn Jahre nach Dayton noch immer die Statusfrage zwischen ethnischer Fragmentierung und effektiveren zentralstaatlichen Strukturen, dem Verhältnis von Ethnizität, Demokratie und Marktwirtschaft. Wie dieses Dilemma zu lösen ist – durch pragmatische Änderungen der Struktur oder eine umfassende Verfassungsreform, durch die innergesellschaftlichen politischen Kräfte oder oktroyiert von der IG – ist Teil einer ergebnisoffenen Diskussion in der bosnischen Öffentlichkeit und den Gremien internationaler Organisationen. Im Kosovo haben die jüngsten Gewaltausbrüche gezeigt, dass die fehlende Entschlossenheit und der fehlende Konsens der IG über den Endstatus der Provinz korrelieren mit dem fehlenden politischen Potential in Serbien und unter den Kosovoalbanern zur eigenständigen Lösung des Statusproblems. In Serbien und Montenegro steht die Entscheidung über den Erhalt des Staatenbundes weiter aus und behindert so die politische Konsolidierung in beiden Republiken.

Obwohl am Ende des Kosovo-Krieges bereits deutlich war, dass nach einem Jahrzehnt Belgrader Apartheidpolitik und den ethnischen Säuberungen der Jahre 1998 und 1999 ein Verbleib des Kosovo innerhalb Serbiens nicht realisierbar sein würde, klammerte die IG diese Grundsatzfrage aus und errichtete ein UN-Protektorat, welches (ausschließlich formal) die Provinz als Teil der Republik Serbien beließ. Stattdessen setzt die UNMIK seither auf das Konzept „Standards vor Status“, welches vorsieht den politischen Kräften auf dem Kosovo schrittweise institutionelle politische Kompetenzen (PISG, Parlament, Gemeindebehörden) zu übertragen. Der so zu erbringende Nachweis politischer und demokratischer Befähigung wird bei diesem Modell zur Voraussetzung der Verhandlungen über den endgültigen Status, welche im kommenden Jahr beginnen und bis 2008 abgeschlossen sein sollen.

Allen drei Statusfragen in SOE ist gemeinsam, dass ihre Lösung durch das nachlassende Interesse der IG an der Region seit den Ereignissen des 11. September 2001 erheblich erschwert ist, während die betroffenen Gesellschaften in dem Versuch ihrer Modernisierung und Transformation entscheidend behindert sind.

Die Heinrich-Böll-Stiftung beabsichtigt darum, die reichhaltige Erfahrung der Region Südosteuropa weiterhin in die internationale und deutsche Diskussion zum Krisenmanagement einzubringen. Sie wird sich in ihrer Arbeit mit den offenen staatspolitischen Statusfragen auseinandersetzen. In Bosnien soll die innergesellschaftliche Debatte über eine Reform Daytons fortgeführt werden, insbesondere auch im kommenden Jahr 2005, in dem das zehnjährige Jubiläum der Unterzeichnung des Daytoner Friedensvertrags ansteht. Die

Intensivierung der Arbeit zum Kosovo wird über die Fortführung des serbisch-kosovarischen Dialog-Forums geschehen, außerdem über die intensivierte Nutzung von Berichten und Analysen des in Prishtina gewonnenen Experten.

Bis zum Ende des Jahres sind in Den Haag noch fünf Anklagen zu erwarten. Unter der Voraussetzung, dass die Angeklagten verhaftet werden, sollen diese Prozesse bis zum Ende 2008 beendet werden (bis dahin sind die Mittel für die Finanzierung des UN-Tribunals gesichert). Nach Carla del Ponte gilt dies besonders für die „meistgesuchten“ Angeklagten Ratko Mladic, Radovan Karadzic und General Ante Gotovina. Die Mission des Tribunals würde nicht als erfolgreich bezeichnet werden können, solange sich diese Personen dem Zugriff des Gerichts entziehen. Ihre Bedenken gegenüber der erfolgreichen Verhaftung der Kriegsverbrecher äußerte die Ex-Hauptanklägerin des Tribunals Louise Arbour in einem Interview für die Agentur SENSE (www.sense-agency.com). Sie betonte, dass sie nie der Überzeugung war, dass die Versuche der Verhaftung von Karadzic und Mladic Erfolg haben könnten. Denn sie war nie überzeugt, dass die Pläne so gemacht wurden, dass sie erfolgreich durchgeführt werden können. Dass Karadzic und Mladic neun Jahre nach Kriegsende immer noch auf freiem Fuß sind, bedeute eine Beleidigung der Opfer.

Die Heinrich-Böll-Stiftung wird den zukunftsorientierten Charakter der Vergangenheitsbewältigung, d.h. den Zusammenhang von kritischer Aufarbeitung und erfolgreicher gesellschaftlicher Transformation bzw. Modernisierung, in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Das bedeutet, dass dieses inhaltliche Schwerpunktthema noch intensiver als bisher auf die anderen Inhalte der Stiftungsarbeit (z.B. Menschenrechte, Demokratisierung, EU-Integration, Statusfragen) abgestimmt werden wird. Fortgeführt wird die Auseinandersetzung mit den drastischen Folgen der nationalistischen Politik, wie Kriegsverbrechen, ethnische Säuberung, usw. Der Akzent der Aktivitäten soll weiterhin auf breiter Öffentlichkeitsarbeit liegen, indem durch fortgesetzte Betonung solcher Themen und die Dekonstruktion von ethnischen Stereotypen die Sensibilität, Toleranz und politische Kultur entwickelt werden. Notwendig ist außerdem die weitere Unterstützung und Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die für eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit stehen.

Den Parteiensystemen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro mangelt es neben Pluralismus auch an Unterstützung durch eine klar profilierte Wählerbasis. Mit wenigen Ausnahmen kommt sie nicht aus autonomen Gesellschaftsgruppen wie Industriearbeiter, Arbeitgeber usw., denn in schwachen oder sogar zerstörten Gesellschaften haben solche Gruppen keine politische Kraft. Da das normative und institutionelle System der „Ausuferung“ der politischen Macht der Parteiführungen in die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und andere Lebenssphären keine Hindernisse entgegengesetzt, geht es im politischen Kampf eigentlich um die Rolle als Hauptverteidiger der „nationalen Sache“ und die Aufteilung der gesellschaftlichen Beute, nach der Eroberung der Macht.

Eine Frage wird immer aktueller: Lässt sich das politische Spektrum um eine alternative, grüne Option erweitern, die eine politische Vertretung „grüner“ Werte ermöglicht? In Kroatien, wo es eine große Zahl von kleineren und größeren „grünen“ Parteien gibt, wird nach ersten Treffen in 2004 und unter Einbeziehung weiterer Organisationen der Zivilgesellschaft das Programm für eine stärkere grüne Partei entwickelt. In Bosnien und Herzegowina bleibt der Fokus auf der Förderung des Engagements und der Befähigung der grünen und anderen Zivilgesellschaftsorganisationen, um auf die Ebene der politischen Öffentlichkeit und der politischen „Tagesordnung“ (Agenda Setting) zu gelangen. In Serbien und Montenegro werden in großem Maße die politischen Organisationen der Zivilgesellschaft, die auch bisher in der Richtung BürgerInnenrechte, demokratische Initiativen usw. aktiv waren, durch fokussierte öffentliche Debatten einen Durchbruch in das etablierte parteipolitische Spektrum versuchen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung wird – vor allem in Kroatien – ein Katalysator der produktiven politischen Kommunikation zwischen den potentiellen Trägern der „grünen Politik“ sein. 2004 begann eine Serie von Konsultationen über relevante Fragen der politischen Vertretung jener Werte. Wenn Synergie erzeugt wird und sich bei den VertreterInnen einer grünen Option Interesse für Zusammenarbeit entwickelt, wird die Heinrich-Böll-Stiftung durch politische Beratung Unterstützung leisten und den Austausch und die Fortbildung von TrägerInnen der grünen Politik ermöglichen.

In ihrer bisherigen Arbeit in BuH hat sich die Stiftung mit sehr aktuellen Umweltthemen auseinandergesetzt und eine gute Grundlage für deren Vertiefung geschaffen. Wichtige Ziele der Arbeit sind nun die Formulierung einer grünen politischen Agenda in BuH in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft für Ökologie und nachhaltige Entwicklung; Stärkung der Kapazität der Zivilgesellschaft und ihre Politisierung; Förderung der nachhaltigen Entwicklung und Stärkung des Umweltbewusstseins der Bürger als Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft.

In der politischen Landschaft Serbiens bleibt das linke politische Feld weiterhin unbesetzt. Serbien hat heute keine relevante sozialdemokratisch orientierte Partei. Die existierenden sozialdemokratischen Parteien sind traditionalistisch und ohne ein offenes Ohr für Fragen, die die konkrete Lebenssituation der BürgerInnen betreffen. Die Frage der Minderheiten- und Menschenrechte, Umwelt, Gleichberechtigung der Geschlechter, des neuen Mittelstandes, der Jugendlichen sucht immer noch nach einer klareren und stärkeren politischen Artikulation. Dies ist der politische Raum, in dem sich auf längere Sicht die sozialen und politischen Koordinaten für eine grüne Politik herausbilden könnten.

Anmerkungen

¹ Während die „linken“ Reformer soziale Sicherheit zugunsten einer größeren Attraktivität auf den internationalen Finanzmärkten abbauen, halten sich die reformierten Nationalisten an die Empfehlungen der EU, etc.

² Anteil der Frauen in den Parlamenten: In Kantonen 21,9 %, in der Föderation BuH 21,4 %, in der Republika Srpska 16,9 %, im Parlament BuH 14,3 %.

Chronologie der wichtigsten Ereignisse Juli 2003 – Juli 2004

Kroatien

Juli 2003

Verabschiedung der Gesetze zur Gleichstellung:

- Gleichstellungsgesetz
- Gesetz gegen Gewalt in der Familie
- Gesetz über Rechte gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften
- Familienrecht

September 2003

Anlässlich des Besuchs von Präsident Mesic in Belgrad haben die Präsidenten Marovic und Mesic sich für die Leiden entschuldigt, die Angehörige ihrer Völker den Staatsbürgern der anderen Seite angetan haben.

Spannungen in den diplomatischen Beziehungen zu Slowenien wegen der Ankündigung, demnächst eine Umwelt- und Fischerei-Schutzzone in der Adria auszurufen (bis zum 12.9. wurde der slowenische Botschafter „zwecks Beratung“ nach Ljubljana zurückgezogen).

Oktober 2003

Das Parlament hat die Adria (bis zur mittleren Trennlinie zwischen den kroatischen und italienischen Gewässern) zur Umwelt- und Fischerei-Schutzzone erklärt, die Anwendung wurde um 1 Jahr verschoben.

November 2003

23.11. Parlamentswahlen: die HDZ gewinnt mit relativer Mehrheit.

20.04.2004

Positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zum kroatischen Beitrittsantrag.

18.06.2004

Kroatien wird der Status eines EU-Kandidaten zuerkannt, nach einem Screening durch die EU-Kommission zum Stand der Umsetzung der EU-Standards sollen Anfang 2005 die Beitrittsverhandlungen beginnen.

24.06.2004

Das Oberste Gericht fällt das erste rechtskräftige Urteil gegen kroatische Staatsbürger wegen Kriegsverbrechen gegen serbische Zivilisten während des Krieges in Kroatien.

Bosnien und Herzegowina

Juli 2003

Inkrafttreten des Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter

September 2003

Verhinderung des Gesetzes über administrative Vereinigung von gemischten bosnisch-kroatischen Grundschulen in der Föderation BuH

In der Presse werden Abhörprotokolle aus einer illegalen Lauschaktion gegen Oppositionspolitiker und Journalisten veröffentlicht; dies löst einen Skandal aus, der der Forderung nach Einrichtung eines gesamtstaatlichen Nachrichtendienstes weiteres Gewicht verleiht.

November 2003

Die bosnischen Serben Momir Nikolic und Dragan Obrenovic werden nach Schuldeingeständnis wegen der Verbrechen in Srebrenica zu 27 bzw. 17 Jahre Haftstrafe verurteilt – erste Verurteilung in Den Haag wegen Völkermordes.

Dezember 2003

Erklärung aus Anlass des 8. Jahrestags der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens „Den Frieden in Bosnien und Herzegowina sichern, den Dayton Vertrag weiterentwickeln“, unterzeichnet von 16 EU-PolitikerInnen.

Parlament BuH hat das Verteidigungsgesetz BuH verabschiedet, wodurch ein staatliches Verteidigungsministerium gegründet wird. Nikola Radovanovic wird zum ersten Verteidigungsminister in BuH ernannt.

31.12.2003

Auflösung der Menschenrechtskammer in BuH durch den Hohen Repräsentanten.

Januar 2004

Ernennung des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte

ESI Studie veröffentlicht „Making Federalism Work – Radical Proposal for Practical Reforms“ (www.esiweb.org), die Ausgangspunkt einer landesweiten Diskussion über eine tragfähige staatliche Struktur für BuH wird.

Die Staatsanwaltschaft BuH erhebt Anklage gegen Ante Jelavic (ehem. Präsidiumsmitglied BuH), Miroslav Prcce (ehem. Verteidigungsminister FödBuH) und andere führende Funktionäre wegen Wirtschaftskriminalität.

Februar 2004

Der stellvertretende Direktor von Interpol BuH, Asim Fazlic, wird wegen Unterschlagung internationaler Haftbefehle und Erpressung festgenommen.

Bei einem Flugzeugunglück (auf dem Weg zur Internationalen Investorenkonferenz in Mostar) kommen der mazedonische Präsident Boris Trajkovski und acht weitere Delegationsmitglieder ums Leben. Die Konferenz selbst geht ergebnislos zu Ende.

März 2004

Tag der Unabhängigkeit BuH wird nur in „bosniakischen Gebieten“ des Landes gefeiert.

Mostar bekommt – nach mehrmonatiger Arbeit einer Kommission unter internationaler Ägide – ein Statut als einheitliche Stadt.

April 2004

Ehemalige Funktionäre des kroatischen Separatstaates Herceg-Bosna, unter ihnen Ex-Außenminister BuH Jadranko Prlic, stellen sich dem Haager Tribunal.

Regierungskommission der Republika Srpska (RS) für Srebrenica veröffentlicht einen ersten Bericht, in dem die Ausmaße der Massenmorde vermindert und die Angaben gefälscht wurden.

Mai 2004

Erste Aktion der Polizei der RS gegen Angeklagte des Haager Tribunals – angeblich misslungener Versuch der Verhaftung von Milan Lukic, bei dem dessen Bruder getötet wird.

Kroatische Vertreter im Parlament BuH stimmen gegen die Verabschiedung des Rahmengesetzes für Grund- und Mittel-schulbildung sowie gegen das Hochschulrahmengesetz.

Juni 2004

Der erste Teil des Berichtes der Regierungskommission der RS über die Geschehnisse in und um Srebrenica vom 10. bis 19. Juli 1995 wurde veröffentlicht. In diesem Bericht wurde zum ersten Mal der Völkermord an bis zu 10 000 bosniakischen Zivilisten auch so genannt.

RS-Präsident Dragan Cavic hielt eine Fernsehansprache zum Srebrenica-Massaker und nannte es eine „schwarze Seite in der Geschichte des serbischen Volkes“.

Nato-Tagung in Istanbul: BuH wird nicht in die Partnerschaft für Frieden (PfP) aufgenommen, mangels Zusammenarbeit der RS mit dem Haager Tribunal. Es wurde entschieden, dass die NATO Mission SFOR Ende 2004 durch die Europäische Mission (EUFOR) ersetzt wird.

Juni 2004

Wegen Nicht-Erfüllung der Bedingungen für die PfP (Handlungen gegen das Daytoner Abkommen und mangelnde Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal) entließ der Hohe Repräsentant 59 Funktionäre der in der RS regierenden SDS, u.a. den Parteivorsitzenden (und RS-Parlamentspräsidenten) Dragan Kalinic.

Chefanklägerin Carla del Ponte kündigte öffentlich die Festnahme der meistgesuchten Kriegsverbrecher Radovan Karadzic und Ratko Mladic bis zum 30. Juni an – beide sind allerdings nach wie vor auf freiem Fuß.

Juli 2004

Am Jahrestag der Srebrenica-Ereignisse werden weitere 338 inzwischen identifizierte Opfer auf dem Friedhof der Gedenkstätte in Potocari beigesetzt; RS-Politiker sind nicht anwesend, auf Antrag des Bürgermeisters von Srebrenica beteiligt sich jedoch die RS an der Finanzierung der Veranstaltung mit einem Beitrag von 50 000 KM (ca. 26 000 Euro).

Serbien und Montenegro (inkl. Kosovo)

Juli 2003

Beginn der Regierungskrise. Der Gouverneur der Nationalbank Serbiens Mladjan Dinkic trug Anschuldigungen gegen zwei hohe Beamten der Regierung Serbiens vor, indem er Dokumente über den Geldtransfer von den Seychellen auf ihre Privatkonten zeigte. Der Präsident der G17 plus macht die Wahl des neuen Gouverneurs der Nationalbank Serbiens (Kori Udovicki) strittig. Die Sozialdemokratische Partei, Mitglied der regierenden Koalition, teilt mit, dass die Regierung ihr Vertrauen nicht mehr genieße.

August 2003

Im Dorf Gorazdevac (Kosovo) wurde auf eine Gruppe serbischer Kinder geschossen, die gebadet haben. Getötet wurden zwei und verletzt fünf Kinder. Das löste Massenproteste und eine starke antialbanische Stimmung aus.

Ende August wurden die Ergebnisse der Untersuchungskommission über die Ermordung von Zoran Djindjic veröffentlicht.

September 2003

Präsidentschaftswahlen in Serbien werden ausgeschrieben.

Oktober 2003

Der „Krieg“ zwischen der Regierung und der Opposition wird fortgesetzt, die Regierungskrise verschärft sich.

November 2003

Die Parlamentspräsidentin Serbiens Natasa Micić kündigt die Parlamentswahlen für den 28. Dezember an. Dies wurde erzwungen, weil die Regierung das Vertrauen verloren hat durch den Übergang der SDP-Abgeordnetengruppe in die Opposition.

Am 16./17. November fanden die Präsidentschaftswahlen statt. Erfolglos, da sich an der Wahl nur 38% der Wähler beteiligten. Tomislav Nikolić, Kandidat der Radikalen, erhielt 46% der Stimmen, Dragoljub Micić, Kandidat des demokratischen Blocks, 35%.

Dezember 2003

Parlamentswahlen in Serbien. Sieger wurde die ultranationalistische Serbische Radikale Partei. Der DSS-Vorsitzende (Demokratische Partei Serbiens) Kostunica schlägt die Bildung einer Minderheitenregierung vor.

Januar 2004

Der ganze Monat vergeht mit Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Februar 2004

Der designierte Chef der neuen Regierung Vojislav Kostunica erklärte, dass die Auslieferung mutmaßlicher Kriegsverbrecher an das Haager Tribunal keine erstrangige Priorität der Regierung sein werde.

März 2004

Die neue serbische Regierung ist eine Minderheitsregierung, unterstützt von der Sozialistischen Partei Serbiens. Die Exekutivmacht wird von der DSS, G17 plus, SPO und Neuserbien kontrolliert.

Am 17./18. März kam im Kosovo zu einer Explosion der Gewalt, Vertreibung der nichtalbanischen Bevölkerung, Brandschatzung von Klöstern und Häusern. In Serbien erfolgt eine starke Mobilisierung der antialbanischen Stimmung. Zwei Moscheen (Belgrad, Nis) wurden in Brand gesteckt. Das Parlament Serbiens verabschiedete einstimmig die Kosovo-Resolution.

April 2004

Der amtierende Präsident Serbiens und Parlamentspräsident schrieb neue Präsidentschaftswahlen für den 13. Juni aus. Das Gesetz wurde insoweit geändert, dass die Pflichtbeteiligung von 51% der Wähler aufgehoben wurde.

Das Verfassungsgericht Serbiens stellt durch eine vorläufige Verfügung die Anwendung des Gesetzes über die Hilfeleistung für vor dem Haager Tribunal Angeklagte und ihre Familienangehörigen wegen des Verdachts ein, dass dadurch „die mit der Verfassung garantierte Gleichheit der Bürger beeinträchtigt werde“.

Die Parlamentsversammlung des Europarates lehnte es zu Beginn der Frühjahrstagung zunächst ab, die Mandate der Delegation Serbiens und Montenegros wegen der Tatsache zu verifizieren, dass in der Delegation Mitglieder der Parteien vertreten waren, deren Führern in Den Haag der Prozess gemacht wird. Später wurden sie dennoch verifiziert.

Mai 2004

Beginn des Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahlen, aussichtsreichste Kandidaten: Tomislav Nikolić (Serbische Radikale Partei), Boris Tadić (Demokratische Partei) und Dragan Maršićanin (Kandidat der regierenden Koalition).

Juni 2004

13. Juni: Präsidentschaftswahlen; Wahlbeteiligung ca. 48,2%. Aus dem zweiten Wahlgang ging Boris Tadić, Kandidat der Demokratischen Partei, als Sieger hervor, der 53,53% der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.

Juli 2004

Bei einer Aktion in Belgrad zum Gedenken an das Srebrenica-Massaker werden die Aktivistinnen von „Frauen in Schwarz“ und anderen NGOs öffentlich als Verräter beschimpft, bedroht, tätlich angegriffen und können nur unter Polizeischutz den Ort verlassen.

Dieser Bericht wurde erstellt von Dr. Azra Dzajić, Leiterin des Regionalbüros Sarajevo, in Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen der Büros Belgrad, Sarajevo und Zagreb.

Kontaktadresse:

Heinrich-Böll-Stiftung
Regionalbüro Sarajevo
Cekalusa 42
71000 Sarajevo
Bosnien-Herzegowina
Tel. +387-33-260 450
Fax +387-33-260 460
Email: h.boell@bih.net.ba